

EDITORIAL



❖ Wir haben spätestens seit der letzten Bundestagswahl und den letzten Landtagswahlen in Westdeutschland ein Fünf-Parteien-System zulasten der Volksparteien: So lautet die gängige politische und wissenschaftliche Diagnose angesichts der neuen Unübersichtlichkeit im deutschen Parteiensystem. Die Folge sei, dass Koalitionen einer Volkspartei mit nur einem kleineren Partner der Vergangenheit angehörten. Für eine sichere Diagnose müsste allerdings eine weitere Legislaturperiode vorüber sein, in der eine der großen Volksparteien in der Opposition gezwungen ist, möglichst viele unzufriedene Wähler zu sammeln, und in der sich die Volksparteien mit klar unterscheidbaren politischen Konzepten gegenüberstehen.

Sicherlich mehren sich gesellschaftlich bedingte Anzeichen, dass die Anziehungs- und Kohäsionskraft der beiden großen Volksparteien nachgelassen hat – Auflösung sozialmoralischer Milieus, das Schwinden gesellschaftlichen Zusammenhalts, das Gefühl von unteren und mittleren Schichten, vom gesellschaftlichen Fortschritt abgehängt zu werden, und nicht zuletzt die Angst vor drohender Altersarmut.

Sicherlich ist auch die Frage berechtigt, ob das traditionelle deutsche Parteiensystem einen Sonderweg in Europa darstellt, der sich letztendlich europäischer Normalität anpassen wird, also auch mit einer linken beziehungsweise rechten Partei jenseits der politischen Mitte.

Ein so begründeter struktureller Abgesang auf die Volksparteien ist zumindest verfrüht. Noch haben beide Volksparteien die Chance, eine Schwächeperiode zu überwinden, in die sie nicht zuletzt der Zwang zu einer Großen Koalition seit 2005 geführt hat. Die Große Koalition hat in beiden Parteien zu verstärkten Identitätszweifeln geführt. Die nicht geringen politischen Erfolge dieser Regierung werden durch

den Makel des kleinkrämerischen Fingerhakelns im Alltag bis zur Unkenntlichkeit verdunkelt. Und dennoch: In den Landtagswahlen hat es mit der Ausnahme Hessens klare Ergebnisse gegeben mit klaren Siegern oder zumindest mit stabilen Regierungen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass in den Ländern die Grundrichtung der Parteien deutlich erkennbar war. Richtig ist auch, dass zumindest in der Union das Gefühl verbreitet ist, der Wertekompass sei abhandengekommen beziehungsweise es sei nicht mehr deutlich, dass er politisches Handeln und politische Ziele bestimme. „Das C ist für uns Programm“, überschrieb Volker Kauder eine Einordnung der Politik und ihrer Kompromisse in den Wertekosmos der Union (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Juli 2008). Das war notwendig, auch weil der Eindruck entstanden war, in der Großen Koalition gehe es nur noch um Kompromisse um jeden Preis, und dafür seien auch Grundüberzeugungen der Stammklientel disponibel. Das Machbare aushandeln muss Maxime in einer Regierung der Großen Koalition sein. Gleichzeitig müssen die an ihr beteiligten Volksparteien aber neue Ziele für eine Politik über die Legislaturperiode hinaus formulieren. Die Teilhabe an Bildung und Wohlstand, die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein Leben in Freiheit, Würde und Selbstverantwortung, die Bewahrung der Schöpfung und die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland in einer globalisierten Welt sind solche Zielmarken. Die Menschen wollen in der Politik die Zuversicht spüren, dass ihre Zukunft gesichert wird, und sie wollen diese Zuversicht mit einer Botschaft verbunden wissen, die aufweist, wie dieses Ziel erreichbar ist. ❖